

Flucht vor der Wirklichkeit

Die Politik im globalen Norden erkennt nicht an, dass direkte Zusammenhänge zwischen dem transatlantischen Sklavenhandel und der heutigen Abwehr von Migration bestehen. **Von Serge Palasie**

Die historischen Ursachen der bestehenden Ungleichheit zwischen Nord und Süd liegen im Falle Westafrikas in der Kolonialzeit und dem bereits zuvor einsetzenden Sklavenhandel. In den aktuellen Diskussionen über Migration blenden die Nutznießer*innen die geschichtlichen Aspekte gerne aus.

Es war die größte Zwangsmigration der Geschichte. Im Zuge des Dreieckshandels gelangten zwölf Millionen Menschen aus Afrika in die Amerikas und ermöglichten als »menschlicher Treibstoff« überhaupt erst die Herausbildung des transatlantischen Raums. Was auf der einen Seite Entwicklung beschleunigte, verlangsamte sie dementsprechend auf der anderen Seite. Der transatlantische Sklavenhandel raubte Afrika nicht nur viele seiner potenziell tatkräftigsten Menschen. Er förderte vielfach auch ökonomisch, politisch und sozial dysfunktionale Systeme – und zwar bereits vor der Kolonialzeit.

Ohne die 500 Jahre Geschichte, die vor allem durch das transatlantische System gekennzeichnet sind, können die heutigen globalen Ungleichheiten kaum erklärt werden. Vereinfachend gesagt profitierten Europa und die neu entstandenen Staaten in den Amerikas. An Bedeutung verlor hingegen Asien, inklusive des arabisch-islamischen Raums, während Afrika – nicht ohne die durchgehende Beteiligung profitorientierter lokaler Akteur*innen selbst – fast vollkommen marginalisiert wurde.

Der Norden diversifizierte seine Ökonomien auf Kosten des Südens

Gewinne aus dem Dreieckshandel wurden unter anderem in innovative Forschung gesteckt, die die Industrialisierung ermöglichte. Die Abhängigkeitsmuster, die seitdem entstanden sind, haben im Kern bis heute Bestand. Die Kolonien dienten vor allem als Rohstofflieferanten. Die steigende Nachfrage für die Industrie rückte Afrika, an dessen Küsten man sich seit Jahrhunderten mit Zwangsarbeitskräften versorgte beziehungsweise vor allem versorgen ließ, nun auch als Territorium in den Fokus, das es zu beherrschen galt.

Die industrielle Weiterverarbeitung und Veredelung im globalen Norden setzte eine Wertschöpfungskette in Gang, die nicht nur äußerst profitabel war, sondern auch das Entstehen diversifizierter Ökono-

mien begünstigte. Diese sind wiederum eine Voraussetzung dafür, dass eine Mittelschicht entsteht, die die produzierten Güter nachfragt. Diese hat – zumindest tendenziell – auch ein wachsendes politisches Gewicht, was für die Frage nach *good* beziehungsweise *bad governance* nicht ganz unwichtig ist.

In Westafrika hingegen entstanden seit der Kolonialzeit in klimatisch geeigneten Gebieten Plantagenwirtschaften. Angebaut wurden und werden vor allem für den Export bestimmte Produkte, sogenannte *cash crops* wie Palmöl, Kakao, Kaffee oder Baumwolle. Neben der Plantagenwirtschaft spielt der Bergbau bis heute eine Rolle.

In jener Phase entstanden neue (Zwangs-) Migrationsmuster. Die Menschen verließen häufig die für die für Plantagenwirtschaft klimatisch weniger geeigneten Sahelgebiete, die umso trockener werden, je näher man an die Sahara kommt. Dieser Prozess, der damals durch den Zwang, Steuern zu zahlen, in Gang gesetzt wurde, hatte Folgen, die noch heute relevant sind: Die wirtschaftlichen Zentren verlagerten sich zusehends in Richtung Süden und in Küstennähe. Nördliche Landesteile und das Landesinnere verloren immer mehr an Bedeutung.

Die Ballungszentren sind überlastet

Schon innerhalb vieler Küstenstaaten Westafrikas besteht durch dieses historische Erbe bis heute eine soziale Ungleichheit, die interne Migration und Flucht befördert. Aus den marginalisierten Sahelgebieten, zu denen auch Binnenländer der Region zählen, zieht es die meisten Menschen – entgegen einer verbreiteten Darstellung in nördlichen Medien – nicht zuerst nach Europa, sondern gen Süden, in die jeweiligen Hauptstädte beziehungsweise wirtschaftlichen Ballungszentren.

Der Klimawandel, der vor allem durch ein ressourcenintensives Wirtschaften der Industrie- und zunehmend auch der Schwellenländer beschleunigt wird, degradiert gerade die Sahelzone, was diese interne Migration zusätzlich befeuert. Zudem verschärft sich der Verteilungskampf sowohl in den Sahelgebieten als auch in den Wirtschaftszentren, die durch eine zunehmende Verslumung der Städte gekennzeichnet sind.

Religiös motivierte Terrororganisationen wie Boko Haram im Norden Nigerias

sind auch in diesem Kontext zu sehen. Im Kampf um knapper werdende Ressourcen wie Acker- und Weideland sowie Wasser ist Religion nur einer von vielen möglichen Abgrenzungsmechanismen. Da viele Staaten in Westafrika vom Norden her – lange vor Ankunft der Europäer – islamisiert, im Süden durch die Kolonialmächte später christianisiert wurden, kann dieser Abgrenzungsmechanismus noch ungeahnte Dimensionen erreichen.

In den Ballungszentren ist nichts – also auch nicht die Wirtschaft – auf so viele Menschen ausgerichtet. Wenig diversifizierte Ökonomien schaffen nur wenige und oftmals auch nur temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten. Daher entscheiden sich immer mehr Menschen dafür, in weiter entfernte Gebiete zu migrieren.

Bis zum Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings lagen die Zielländer vieler Menschen aus Subsahara-Afrika in Nordafrika. Im Bausektor oder in der Landwirtschaft wurden oft Arbeitskräfte gesucht. Dabei sind es nicht die Ärmsten, die woanders nach Perspektiven suchen, sondern diejenigen, die die Mittel für die kostspielige Reise aufbringen können.

Gleichzeitig hielten autoritäre Regime in Nordafrika mit finanzieller und technischer Unterstützung der EU Menschen recht effektiv davon ab, das Mittelmeer zu überqueren. Viele strandeten schon damals auch in Binnenländern wie Mali, die ökonomisch in der Regel schlechter dastehen als die Küstenländer und meistens nur als Transitraum dienen.

Dies änderte sich ab 2011 mit dem Sturz von Autokraten, die bis dahin die Dreckarbeit für die EU verrichtet hatten. Der von Libyens Ex-Machthaber Muammar al-Gaddafi 2010 geäußerte Satz »Fünf Milliarden oder Europa wird schwarz« schien sich laut der allgemeinen Medienberichterstattung über die »Flüchtlingskrise« seit 2015 zusehends zu bewahrheiten.

Perspektiven müssen vor Ort entstehen

Immerhin erweitert sich der politische Diskurs über die Sicherung der EU-Außengrenzen zunehmend darum, die Fluchtursachen zu verringern (wörtlich: zu bekämpfen). Am Rande des Westbalkan-Gipfels im Juli in Triest kam das Thema Migration wieder auf die Tagesordnung. Der französische Präsident Emmanuel Macron zeigte dort erneut auf, zu welchen Schlüs-



Die Ursachen für die heutige Ungleichheit gehen weit zurück. Durch das »Tor ohne Wiederkehr« verließen Sklav*innen die senegalesische Insel Gorée, um auf den amerikanischen Kontinent verschifft zu werden

sen die Ignoranz und das bewusste oder unbewusste Ausblenden der Geschichte durch deren Nutznießer*innen führt: »Wirtschaftsflüchtlinge« hätten kein Recht, in die EU zu migrieren (ebenso wenig wie Umweltflüchtlinge).

Dass die Geschichte wesentlich für das extreme Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd, zwischen Perspektiven und Perspektivlosigkeit und zwischen globaler Bewegungsfreiheit hier und zunehmend eingeschränkter Bewegungsfreiheit dort mitverantwortlich ist, will man im Norden nicht sehen. Natürlich haben weder Aufnahme- noch Herkunftsländer etwas davon, wenn »alle« gen EU migrieren würden.

Die Akzeptanz von Geflüchteten nähme weiter ab. In den Ländern des Südens würden hingegen die potenziellen

Changemaker – Menschen, die etwas verändern wollen – fehlen, was in Afrika auch durch *remittances* (Rücküberweisungen) zurzeit noch nicht ausgeglichen wird. Im Gegenteil: Diese sind im Wesentlichen individuelle und nicht strukturelle Hilfen, und vergrößern vielfach sogar die soziale Ungleichheit vor Ort.

Es ist unehrlich, von konstruierten Kategorien wie etwa »Wirtschaftsflüchtlingen« zu sprechen, um Abgrenzung zu rechtfertigen, während man andersherum als selbst ernannte Weltbürger*innen fast überall problemlos hinkommt. Solche Ausschlussmechanismen, die bezogen auf Afrika besonders wirksam sind, ignorieren zum einen den Umstand, dass wir ohne Afrika gar nicht da stehen würden, wo wir stehen. Zudem wird schlicht übersehen,

dass aus »Wirtschaftsflüchtlingen« auch Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention werden können. Man denke etwa an die religiösen Konflikte, die letztlich ökonomisch motiviert sind.

Es führt kein Weg daran vorbei, Fluchtursachen in einem tatsächlich relevanten Umfang anzugehen. Würden in afrikanischen Ländern diversifizierte Industrien entstehen, die die eigenen Rohstoffe weiterverarbeiten und Afrika als Binnenmarkt entdecken würden, wären erste Schritte für mehr Perspektiven getan. Der Druck zu migrieren oder gar zu fliehen würde abnehmen.

Einige Entwicklungen gehen zum Teil auch trotz aller Herausforderungen bereits in die richtige Richtung. So ist in Nigeria, dem ein stabiles Wirtschaftswachstum vorausgesagt wird, beispielsweise Erdöl schon heute nicht mehr die Einnahmequelle Nummer eins. Und durch die wachsende Diversifizierung der Wirtschaft entstehen Perspektiven – auch monetär. Bis 2030 sollen in Nigeria über 30 Millionen Menschen der Mittelschicht angehören.

Nun beseitigen ein höheres Bruttoinlandsprodukt und eine wachsende Mittelschicht nicht automatisch extreme Armut, unter der auch dann noch sicherlich ein großer Teil der Bevölkerung zu leiden haben wird. Aber die Richtung stimmt, was Anlass zu Hoffnung gibt. Solche Entwicklungen werden allerdings im Wesentlichen durch Menschen ermöglicht, die ihre eigene Zukunft in Afrika sehen.

Impulse von außerhalb können dies flankierend unterstützen. Aktuell bieten sowohl die UN-Agenda 2030 einschließlich der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) als auch die unter den Schlagworten Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung laufende UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung (2015–2024) einen nützlichen Rahmen hierfür. Beide Ansätze wollen Ungleichheit verringern. Die Politiker*innen, die den Status quo wahren wollen, werden jedoch kaum daran interessiert sein, Fluchtursachen über einen bestimmten Kippunkt hinausgehend zu bekämpfen. Die Zivilgesellschaft muss dies einfordern. ■



Foto: privat

Serge Palasie ist Afrikanist und seit 2011 im Eine-Welt-Promotor*innenprogramm tätig. Seit 2016 ist er Fachpromotor für Flucht, Migration und Entwicklung beim Eine Welt Netz NRW.